

# Satzung

über die Vermeidung, Beseitigung und sonstige Bewirtschaftung von Abfällen im Landkreis Günzburg  
(Abfallwirtschaftssatzung)

Aufgrund des Art. 3 Abs. 2 und Art. 7 Abs. 1 Bayerisches Abfallwirtschaftsgesetz (BayAbfG) in Verbindung mit Art. 18 Abs. 1 Nr. 1 und 2 und Abs. 2 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern (LkrO) erlässt der Landkreis Günzburg mit Zustimmung der Regierung von Schwaben vom 3. Dezember 2015, Nr. 55.1-8104.2-10/1, folgende Satzung:

## Inhaltsübersicht

### 1. Abschnitt Allgemeine Vorschriften

- § 1 Begriffsbestimmungen, Anwendungsbereich
- § 2 Abfallvermeidung und Wiederverwendung
- § 3 Abfallentsorgung durch den Landkreis
- § 4 Mitwirkung der Gemeinden
- § 5 Ausnahmen von der Abfallentsorgung durch den Landkreis
- § 6 Anschluss- und Überlassungsrecht
- § 7 Anschluss- und Überlassungszwang
- § 8 Mitteilungs- und Auskunftspflichten
- § 9 Störungen in der Abfallentsorgung
- § 10 Eigentumsübergang

### 2. Abschnitt Einsammeln und Befördern der Abfälle

- § 11 Formen des Einsammelns und Beförderns
- § 12 Bringsystem
- § 13 Anforderungen an die Abfallüberlassung im Bringsystem
- § 14 Holsystem
- § 15 Anforderungen an die Abfallüberlassung im Holsystem
- § 16 Kapazität, Beschaffung, Benutzung und Bereitstellung der Abfallbehältnisse im Holsystem
- § 17 Häufigkeit und Zeitpunkt der Wertmüll- und Restmüllabfuhr
- § 18 Selbstanlieferung von Abfällen zur Beseitigung durch den Besitzer

### 3. Abschnitt Schlussbestimmungen

- § 19 Bekanntmachungen
- § 20 Gebühren
- § 21 Ordnungswidrigkeiten
- § 22 Anordnungen für den Einzelfall und Zwangsmittel
- § 23 Inkrafttreten

#### Kreisabfallwirtschaftsbetrieb

Schleifstraße 5, 89340 Leipheim  
Tel. (08221) 95-456; Fax (08221) 95-480  
<https://kaw.landkreis-guenzburg.de>  
[kaw@landkreis-guenzburg.de](mailto:kaw@landkreis-guenzburg.de)

#### Sprechtage

Mo. – Fr.: 07.30 – 12.30 Uhr  
zusätzlich  
Do.: 14.00 – 18.00 Uhr

Stand: April 2026



## **1. Abschnitt Allgemeine Vorschriften**

### **§ 1 Begriffsbestimmungen, Anwendungsbereich**

- (1) <sup>1</sup>Abfälle im Sinn dieser Satzung sind bewegliche Sachen, deren sich ihr Besitzer entledigt, entledigen will oder entledigen muss (§ 3 Abs. 1 Satz 1 KrWG). <sup>2</sup>Abfälle, die verwertet werden, sind Abfälle zur Verwertung; Abfälle, die nicht verwertet werden, sind Abfälle zur Beseitigung (§ 3 Abs. 1 Satz 2 KrWG). <sup>3</sup>Keine Abfälle i. S. dieser Satzung sind die in § 2 Abs. 2 KrWG genannten Stoffe
- (2) <sup>1</sup>Abfälle aus privaten Haushaltungen sind Abfälle, die in privaten Haushalten im Rahmen der privaten Lebensführung anfallen, insbesondere in Wohnungen und zugehörigen Grundstücks- oder Gebäudeteilen sowie in anderen vergleichbaren Anfallstellen wie Wohnheimen oder Einrichtungen des betreuten Wohnens. <sup>2</sup>Alle nicht nach Satz 1 zuordenbare Abfälle sind Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen.
- (3) Gewerbliche Siedlungsabfälle sind Siedlungsabfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, die in Kapitel 20 der Anlage der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis aufgeführt sind, insbesondere
  - a) gewerbliche und industrielle Abfälle, die Abfällen aus privaten Haushaltungen aufgrund ihrer Beschaffenheit oder Zusammensetzung ähnlich sind, sowie
  - b) Abfälle aus privaten und öffentlichen Einrichtungen mit Ausnahme der in Abs. 2 Satz 1 genannten Abfälle.
- (4) <sup>1</sup>Bioabfälle im Sinn dieser Satzung sind biologisch abbaubare pflanzliche, tierische oder aus Pilzmaterialien bestehende Abfälle aus Haushaltungen und Gewerbebetrieben, die über die Biotonne eingesammelt werden. <sup>2</sup>Das Nähere wird in der Trennliste geregelt, die Bestandteil dieser Satzung ist (siehe Anlage letzte Seite).
- (5) Die Abfallbewirtschaftung im Sinn dieser Satzung umfasst die Bereitstellung, die Überlassung, die Sammlung, die Beförderung, die Verwertung und die Beseitigung von Abfällen einschließlich der Überwachung dieser Verfahren sowie die Nachsorge von Beseitigungsanlagen.
- (6) Abfallentsorgung im Sinn dieser Satzung sind Verwertungs- und Beseitigungsverfahren, einschließlich der Vorbereitung vor der Verwertung oder der Beseitigung.
- (7) <sup>1</sup>Grundstück im Sinn dieser Satzung ist jedes räumlich zusammenhängende und einem gemeinsamen Zweck dienende Grundeigentum desselben Eigentümers, das eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet, auch wenn es sich um mehrere Grundstücke oder Teile von Grundstücken im Sinn des Grundbuchrechts handelt. <sup>2</sup>Rechtlich verbindliche planerische Festlegungen sind zu berücksichtigen.
- (8) <sup>1</sup>Grundstückseigentümern im Sinn dieser Satzung stehen Erbbauberechtigte, Nießbraucher und ähnliche zur Nutzung eines Grundstücks dinglich Berechtigte gleich. <sup>2</sup>Von mehreren dinglich Berechtigten ist jeder berechtigt und verpflichtet; sie haften als Gesamtschuldner.
- (9) Beschäftigte im Sinn dieser Satzung sind alle in einem anderen Herkunftsbereich als private Haushaltungen Tätige (z. B. Arbeitnehmer, Unternehmer, mithelfende Familienangehörige, Auszubildende) einschließlich Zeitarbeitskräfte.



## § 2 Abfallvermeidung und Wiederverwendung

- (1) <sup>1</sup>Jeder Benutzer der öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtungen des Landkreises hat die Menge der bei ihm anfallenden Abfälle und ihren Schadstoffgehalt so gering wie nach den Umständen möglich und zumutbar zu halten.  
<sup>2</sup>Die Wiederverwendung von Abfällen hat Vorrang vor deren Verwertung und Beseitigung.  
<sup>3</sup>Abfälle zur Beseitigung dürfen keine Wertstoffe und Problemabfälle enthalten.
- (2) <sup>1</sup>Der Landkreis berät private Haushaltungen und Einrichtungen aus anderen Herkunftsbereichen über die Möglichkeiten zur Vermeidung, Wiederverwendung, Verwertung und ordnungsgemäßen Beseitigung von Abfällen. <sup>2</sup>Er bestellt hierzu Fachkräfte zur Beratung der Abfallbesitzer.
- (3) <sup>1</sup>Der Landkreis wirkt bei der Gestaltung von Arbeitsabläufen in seinen Dienststellen und Einrichtungen und bei seinem sonstigen Handeln, insbesondere im Beschaffungs- und Auftragswesen und bei Bauvorhaben darauf hin, dass möglichst wenig und möglichst schadstoffarmer Abfall entsteht, entstehender Abfall verwertet und die Verwendung von Produkten aus wiederverwerteten Stoffen gefördert wird. <sup>2</sup>Bei Veranstaltungen in öffentlichen Einrichtungen und auf öffentlichen Grundstücken einschließlich öffentlicher Verkehrsflächen sind Speisen und Getränke möglichst unverpackt bzw. nur in wiederverwendbaren Behältnissen und wiederverwendbaren Bestecken abzugeben, soweit nicht Gründe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung entgegenstehen. <sup>3</sup>Im Rahmen seiner Möglichkeiten veranlasst der Landkreis, dass Gesellschaften des privaten Rechts, an denen er beteiligt ist, entsprechend verfahren.

## § 3 Abfallentsorgung durch den Landkreis

- (1) <sup>1</sup>Der Landkreis entsorgt nach Maßgabe der Gesetze und dieser Satzung durch eine öffentliche Einrichtung die in seinem Gebiet angefallenen und ihm überlassenen Abfälle. <sup>2</sup>Der Landkreis entsorgt in Abstimmung mit den Gemeinden die im Rahmen der jährlichen Umweltwoche anfallenden und an zentralen Sammelplätzen bereitgestellten Abfälle, ohne dass hierfür gesonderte Gebühren erhoben werden.
- (2) Zur Erfüllung der Aufgabe nach Absatz 1 kann sich der Landkreis Dritter, insbesondere der Gemeinden und privater Unternehmen bedienen.
- (3) <sup>1</sup>Der Landkreis kann einzelne Aufgaben der Abfallentsorgung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen durch gesonderte Rechtsverordnung auf die kreisangehörigen Gemeinden oder deren Zusammenschlüsse für deren Gebiet übertragen. <sup>2</sup>In diesen Fällen übernehmen die kreisangehörigen Gemeinden die Rechte und Pflichten des Landkreises.

## § 4 Mitwirkung der Gemeinden

<sup>1</sup>Die Gemeinden unterstützen den Landkreis im Wege der Amtshilfe bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach dieser Satzung. <sup>2</sup>Sie teilen ihm insbesondere die tatsächlichen Umstände mit, die für die Anschlusspflicht und die Gebührenberechnung erheblich sind. <sup>3</sup>Zur Abgabe der Auskünfte, Mitteilungen und Anmeldungen halten die Gemeinden die vom Landkreis zur Verfügung gestellten Vordrucke bereit (Art. 58 Abs. 3 GO).



## § 5

### Ausnahmen von der Abfallentsorgung durch den Landkreis

(1) Von der Abfallentsorgung durch den Landkreis sind ausgeschlossen:

1. Eis und Schnee
2. explosionsgefährliche Stoffe (wie z. B. Feuerwerkskörper, Munition, Sprengkörper, Druckgasflaschen),
3. folgende Abfälle aus Einrichtungen des Gesundheitswesens wie Krankenhäusern, Dialysestationen und -zentren, Sanatorien, Kur- und Pflegeheimen, Arzt- und Zahnarztpraxen, medizinischen Labors, Blutspendediensten und Blutbanken, Hygieneinstituten, Praxen der Heilpraktiker und der physikalischen Therapie, Apotheken, tierärztliche Praxen und Kliniken, Tierversuchsanstalten:
  - a) Infektiöse Abfälle
    - Abfälle, an deren Sammlung und Entsorgung aus infektionspräventiver Sicht besondere Anforderungen gestellt werden,
  - b) Chemikalien, Laborabfälle, Arzneimittel, Verpackungen,
    - die aus gefährlichen Abfällen bestehen oder solche enthalten,
    - zytotoxische und zytostatische Arzneimittel,
    - Amalgamabfälle aus der Zahnmedizin,
  - c) Körperteile und Organabfälle, einschl. gefüllter Blutbeutel und Blutkonserven,
4. Altfahrzeuge, Altreifen, Starterbatterien und Altöl, das der gesetzlichen Rücknahmepflicht unterliegt,
5. pflanzliche Abfälle aus der Land- und Forst- und Almwirtschaft sowie aus dem Erwerbsgartenbau, soweit haushaltsübliche Mengen überschritten werden,
6. a) Fäkalschlamm, Fäkalien,  
b) Klärschlamm und sonstige Schlämme mit einer Trockensubstanz (TS) von weniger als 35 % oder einer Scherfestigkeit von weniger als 20 kN/m<sup>2</sup> (bestimmt mit der Laborflügelsonde),
7. Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, soweit diese nach Art, Menge oder Beschaffenheit nicht mit den in Haushaltungen anfallenden Abfällen beseitigt werden können,
8. Abfälle, die auf Grund eines Gesetzes zur abfallwirtschaftlichen Produktverantwortung oder im Zusammenhang mit einer nach § 25 KrWG erlassenen Rechtsverordnung zurückgenommen werden.
9. sonstige Abfälle, die mit Zustimmung der Regierung im Einzelfall wegen ihrer Art oder Menge von der Entsorgung durch den Landkreis ausgeschlossen worden sind.

(2) Vom Einsammeln und Befördern durch den Landkreis sind ausgeschlossen:

1. Bauschutt, Straßenaufbruch, Baustellenabfälle, Bodenaushub,
2. Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, die wegen ihrer Art, Menge oder Beschaffenheit nicht in den zugelassenen Abfallbehältnissen oder jedermann zugänglichen Sammelbehältern gesammelt oder mit den Hausmüllfahrzeugen oder sonstigen Sammelfahrzeugen transportiert werden können,
3. Klärschlämme und sonstige Schlämme,
4. Straßenkehrschutt, der haushaltsübliche Mengen übersteigt,
5. asbesthaltige Abfälle,
6. Nachtstromspeicherheizgeräte,
7. Photovoltaikanlagen
8. sonstige Abfälle, die mit Zustimmung der Regierung im Einzelfall wegen ihrer Art oder Menge vom Einsammeln und Befördern durch den Landkreis ausgeschlossen worden sind.



- (3) <sup>1</sup>Bei Zweifeln darüber, ob und inwieweit ein Abfall vom Landkreis zu entsorgen ist, entscheidet der Landkreis oder dessen Beauftragter. <sup>2</sup>Dem Landkreis ist auf Verlangen nachzuweisen, dass es sich nicht um einen von der kommunalen Entsorgung ganz oder teilweise ausgeschlossenen Abfall handelt; die Kosten hierfür hat der Nachweispflichtige zu tragen.
- (4) <sup>1</sup>Soweit Abfälle nach Abs. 2 vom Einsammeln und Befördern durch den Landkreis ausgeschlossen sind, dürfen sie ohne besondere schriftliche Vereinbarung mit dem Landkreis weder der Müllabfuhr übergeben noch in den jedermann zugänglichen Sammelbehältern überlassen werden. <sup>2</sup>Soweit Abfälle darüber hinaus vom Behandeln, Lagern und Ablagern durch den Landkreis ausgeschlossen sind (Absatz 1), dürfen sie auch nicht gemäß §§ 15, 18 überlassen werden. <sup>3</sup>Geschieht dies dennoch, so kann der Landkreis neben dem Ersatz des ihm entstehenden Schadens die Rücknahme der Abfälle oder die Erstattung der Aufwendungen verlangen, die ihm für eine unschädliche Entsorgung der Abfälle entstanden sind.

## § 6

### Anschluss- und Überlassungsrecht

- (1) <sup>1</sup>Die Grundstückseigentümer im Kreisgebiet sind berechtigt, den Anschluss ihrer Grundstücke an die öffentliche Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises zu verlangen (Anschlussrecht). <sup>2</sup>Ausgenommen sind die nicht zu Wohn-, gewerblichen und freiberuflichen Zwecken nutzbaren bzw. für eine solche Nutzung nicht vorgesehenen Grundstücke, auf denen Abfälle, für die nach Abs. 2 ein Überlassungsrecht besteht, nicht oder nur ausnahmsweise anfallen.
- (2) <sup>1</sup>Die Anschlussberechtigten und sonstige zur Nutzung eines anschlussberechtigten Grundstücks Berechtigte, insbesondere Mieter und Pächter, haben das Recht, den gesamten auf ihren Grundstücken oder sonst bei ihnen anfallenden Abfall nach Maßgabe der §§ 11 bis 18 der öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises zu überlassen (Überlassungsrecht). <sup>2</sup>Soweit auf nicht anschlussberechtigten Grundstücken Abfälle anfallen, ist ihr Besitzer berechtigt, sie in geeigneter Weise der öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtung zu überlassen.
- (3) Vom Überlassungsrecht nach Absatz 2 sind die in § 7 Abs. 3 Nr. 1 – 4 genannten Abfälle ausgenommen.

## § 7

### Anschluss- und Überlassungszwang

- (1) <sup>1</sup>Eigentümer von im Landkreisgebiet gelegenen Grundstücken sind verpflichtet, ihre Grundstücke an die öffentliche Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises anzuschließen (Anschlusszwang). <sup>2</sup>Ausgenommen sind die nicht zu Wohn-, gewerblichen und freiberuflichen Zwecken nutzbaren bzw. für eine solche Nutzung nicht vorgesehenen Grundstücke, auf denen Abfälle, für die nach den Absätzen 2 und 3 ein Überlassungszwang besteht, nicht oder nur ausnahmsweise anfallen.
- (2) <sup>1</sup>Die Anschlusspflichtigen und sonstige zur Nutzung eines anschlusspflichtigen Grundstücks Berechtigte, insbesondere Mieter und Pächter, haben nach Maßgabe des § 17 KrWG und mit Ausnahme der in Abs. 3 genannten Abfälle den auf ihren Grundstücken oder sonst bei ihnen anfallenden Abfall gemäß den näheren Regelungen der §§ 11 bis 18 der öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Günzburg zu überlassen (Überlassungszwang). <sup>2</sup>Soweit auf nicht anschlusspflichtigen Grundstücken überlassungspflichtige Abfälle i. S. des Satzes 1 anfallen, sind diese von ihrem Besitzer unverzüglich und in geeigneter Weise der öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtung zu überlassen. <sup>3</sup>Für den gesamten im Landkreis



anfallenden Abfall zur Beseitigung (mit Ausnahme der im Abs. 3 ausgeschlossenen Abfallarten) besteht Überlassungspflicht an den Landkreis nach Maßgabe des § 17 KrWG.

- (3) Vom Überlassungszwang nach Absatz 2 sind ausgenommen:
1. die in § 5 Abs. 1 genannten Abfälle,
  2. die durch Verordnung nach § 28 Abs. 3 KrWG zur Beseitigung außerhalb von Anlagen i. S. des § 28 Abs. 1 KrWG zugelassenen Abfälle, soweit diese nach den Vorschriften der Verordnung beseitigt werden,
  3. die durch Einzelfallentscheidung nach § 28 Abs. 2 KrWG zur Beseitigung außerhalb von Anlagen i. S. des § 28 Abs. 1 KrWG zugelassenen Abfälle, soweit diese gemäß den Anforderungen der Einzelfallentscheidung beseitigt werden,
  4. die Abfälle, deren Beseitigung dem Inhaber einer Abfallbeseitigungsanlage nach § 29 Abs. 2 KrWG übertragen worden ist.
- (4) <sup>1</sup>Im Rahmen ihrer Verpflichtungen nach den Absätzen 1 bis 3 dürfen die Anschluss- und Überlassungspflichtigen auf ihren Grundstücken Anlagen zur Beseitigung von Abfällen weder errichten noch betreiben. <sup>2</sup>Das Recht, Abfälle zu verwerten, bleibt unberührt; das gilt insbesondere für die Eigenkompostierung organischer Reststoffe und nach Maßgabe des § 17 Abs. 2 KrWG für die Überlassung verwertbarer Reststoffe an gemeinnützige oder gewerbliche Sammler. <sup>3</sup>Unberührt bleibt ferner das Recht, im Rahmen gesetzlich festgelegter oder freiwillig übernommener Rücknahmepflichten, Abfälle an den Handel zurückzugeben.

## § 8

### Mitteilungs- und Auskunftspflichten

- (1) <sup>1</sup>Die Anschlusspflichtigen und ggf. die Überlassungspflichtigen müssen dem Landkreis oder einer von ihm bestimmten Stelle zu den durch Bekanntmachung festgelegten Zeitpunkten für jedes anschlusspflichtige Grundstück die für die Abfallentsorgung und die Gebührenberechnung und -erhebung wesentlichen Umstände mitteilen; dazu gehören insbesondere die Anzahl der auf dem Grundstück befindlichen privaten Haushaltungen (Wohneinheiten) und Einrichtungen aus anderen Herkunftsbereichen (Arbeitsstätten), Angaben über den Grundstückseigentümer und die sonstigen zur Nutzung des anschlusspflichtigen Grundstücks Berechtigten sowie über die Art, die Beschaffenheit und die Menge der Abfälle, die dem Landkreis überlassen werden müssen.  
<sup>2</sup>Wenn sich die in Satz 1 genannten Gegebenheiten ändern oder wenn auf einem Grundstück erstmals überlassungspflichtige Abfälle anfallen, haben die Anschluss- und Überlassungspflichtigen unaufgefordert und unverzüglich entsprechende Mitteilungen zu machen.
- (2) <sup>1</sup>Unbeschadet des Absatzes 1 kann der Landkreis von den Anschluss- und den Überlassungspflichtigen jederzeit Auskunft über die für die Abfallentsorgung und die Gebührenberechnung wesentlichen Umstände verlangen. <sup>2</sup>Dazu hat der Landkreis bzw. seine Mitarbeiter zur Erfüllung seiner Aufgaben und zum Vollzug der Satzung das Recht, die Grundstücke der Anschlusspflichtigen zu betreten. <sup>3</sup>Außerdem hat der Landkreis nach Maßgabe des § 47 KrWG das Recht, von den Anschluss- und den Überlassungspflichtigen die Vorlage von Unterlagen zu verlangen, aus denen Art, Menge und Entsorgungsweg der anfallenden Abfälle zur Verwertung bzw. Abfälle zur Beseitigung hervorgehen. <sup>4</sup>Der Landkreis hat das Recht, im Zweifelsfall unter Beachtung der gesetzlichen Maßgaben die Mindestmengen an Abfällen zur Beseitigung festzulegen
- (3) <sup>1</sup>Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Erzeuger oder Besitzer von Abfällen zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen. <sup>2</sup>Dies gilt



insbesondere für die erforderliche Mitteilung zur Ermittlung der Restmüllbehälterkapazität und der Gebührenberechnung. <sup>3</sup>Werden die erforderlichen Mitteilungen nicht erteilt, werden die erforderlichen Werte geschätzt, solange bis die tatsächlichen Daten vom Verpflichteten gemeldet und vom Landkreis anerkannt werden.

## **§ 9 Störungen in der Abfallentsorgung**

- (1) <sup>1</sup>Wird die Abfallentsorgung infolge höherer Gewalt, behördlicher Verfügungen, Betriebsstörungen, betriebsnotwendiger Arbeiten oder sonstiger betrieblicher Gründe vorübergehend eingeschränkt, unterbrochen oder verspätet durchgeführt, so besteht kein Anspruch auf Gebührenminderung oder Schadenersatz. <sup>2</sup>Die unterbliebenen Maßnahmen werden so bald wie möglich nachgeholt.
- (2) <sup>1</sup>Die bereits zur Abfuhr bereitgestellten Abfälle sind bei Störungen i. S. des Abs. 1, die länger als einen Tag andauern, von den Überlassungspflichtigen wieder zurückzunehmen. <sup>2</sup>Müllbehälter sind an ihren gewöhnlichen Standplatz zurückzustellen.

## **§ 10 Eigentumsübertragung**

<sup>1</sup>Der Abfall geht mit dem Verladen auf das Sammelfahrzeug oder mit der Überlassung in einem jedermann zugänglichen Sammelbehälter oder einer sonstigen Sammeleinrichtung in das Eigentum des Landkreises über. <sup>2</sup>Wird Abfall durch den Besitzer oder für diesen durch

einen Dritten zu einer hierzu geeigneten Abfallentsorgungsanlage des Landkreises gebracht, so geht der Abfall mit der Übernahme zur Entsorgung in das Eigentum des Landkreises über. <sup>3</sup>Im Abfall gefundene Wertgegenstände werden als Fundsachen behandelt.

## **2. Abschnitt Einsammeln und Befördern der Abfälle**

### **§ 11 Formen des Einsammelns und Beförderns**

Die vom Landkreis ganz oder teilweise zu entsorgenden Abfälle werden eingesammelt und befördert

1. durch den Landkreis oder von ihm beauftragte Dritte
  - b) im Rahmen des Bringsystems (§§ 12 und 13) oder
  - c) im Rahmen des Holsystems (§§ 14 bis 17) oder
2. durch den Besitzer selbst oder ein von ihm beauftragtes Unternehmen (§ 18).

### **§ 12 Bringsystem**

- (1) <sup>1</sup>Beim Bringsystem werden die Abfälle nach Maßgabe des § 13 in jedermann zugänglichen Sammelbehältern oder sonstigen Sammeleinrichtungen (Wertstoffhöfe) erfasst, die der Landkreis in zumutbarer Entfernung für die Abfallbesitzer bereitstellt. <sup>2</sup>Dadurch wird durch den



Landkreis eine haushaltsnahe sowie hochwertige getrennte Erfassung der Abfälle mit dem Ziel ihrer anschließenden Verwertung sichergestellt.

- (2) Dem Bringsystem unterliegen, soweit die Einrichtungen hierfür zur Verfügung stehen und der Landkreis diese öffentlich bekanntgibt,
1. folgende Abfälle zur Verwertung (im haushaltsüblichen Umfang):
    - a) Altglas (Behälterglas), getrennt nach den Farben Weiß, Braun und Grün,
    - b) Papier, Pappe, Kartonagen (PPK)
    - c) Kunststoffe und Verpackungen, die aufgrund des § 6 Abs. 3 i. V. mit Abs. 2 der Verpackungsverordnung außerhalb der öffentlichen Entsorgung zurückzunehmen und zu verwerten sind, soweit die anzuliefernden Arten vom Landkreis öffentlich bekanntgemacht worden sind, nur solange kein vollständiges Holsystem eingeführt ist,
    - d) Schrott, Kleinmetalle,
    - e) Altspesiefette und -öle,
    - f) pflanzliche Abfälle (Baum- und Strauchschnitt, Grünabfälle), soweit diese der Besitzer nicht ordnungsgemäß verwertet oder über die Biotonne entsorgt.
    - g) Altholz
    - h) Elektro- und Elektronikaltgeräte nach Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) in der jeweils geltenden Fassung aus privaten Haushaltungen
    - i) Stoffgleiche Nichtverpackungskunststoffe (SNV)
    - j) Alttextilien, -schuhe
    - k) Trockenbatterien
    - l) DVDs; CDs
    - m) Tonerkartuschen
    - n) Flachglas
  2. Folgende Abfälle zur Beseitigung über dafür eingerichtete Sammelstellen des Landkreises:
    - Sperrmüll, soweit der Abfallbesitzer nicht vom Holsystem nach § 15 Abs. 4 Gebrauch macht.
- (3) Abfälle aus privaten Haushaltungen, die wegen ihres Schadstoffgehaltes zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit einer getrennten Entsorgung bedürfen, und Kleinmengen vergleichbarer Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen, die nach ihrer Art oder Beschaffenheit nicht mit den in Haushaltungen anfallenden Abfällen beseitigt werden können (Problemabfälle), insbesondere Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, öl- oder lösemittelhaltige Stoffe, Farben und Lacke, Desinfektions- und Holzschutzmittel, Chemikalienreste, Säuren, Laugen und Salze sowie Arzneimittel.

### § 13

#### Anforderungen an die Abfallüberlassung im Bringsystem

- (1) <sup>1</sup>Die in § 12 Abs. 2 Nr. 1 a bis n aufgeführten Abfälle zur Verwertung und die in § 12 Abs. 2 Nr. 2 aufgeführten Abfälle zur Beseitigung sind von den Überlassungspflichtigen in die vom Landkreis dafür bereitgestellten und entsprechend gekennzeichneten Sammelbehälter an den vom Landkreis eingerichteten Erfassungseinrichtungen (Wertstoffhöfe, Wertstoffstationen, Sammelstellen für pflanzliche Abfälle) einzugeben. <sup>2</sup>Andere als die nach der jeweiligen Aufschrift vorgesehenen Stoffe dürfen weder in die Sammelbehälter eingegeben noch neben diesen zurückgelassen werden. <sup>3</sup>Abfälle dürfen nicht neben den Sammelbehältern zurückgelassen werden. <sup>4</sup>Die Benutzung der Sammelbehälter ist nur zu den vom Landkreis



festgelegten und am Standort deutlich lesbar angegebenen Einfüllzeiten zulässig. <sup>5</sup>Den Weisungen des Betreuungspersonals ist Folge zu leisten.

- (2) <sup>1</sup>Problemabfälle im Sinn des § 12 Abs. 2 Nr. 3 sind dem Personal an den speziellen Sammelfahrzeugen bzw. den ortsfesten Sammeleinrichtungen zu übergeben. <sup>2</sup>Die jeweiligen Standorte, Annahmebedingungen und Annahmezeiten der Sammelfahrzeuge und Sammeleinrichtungen werden vom Landkreis bekanntgegeben. Absatz 1 Satz 4 gilt entsprechend.

## § 14 Holsystem

- (1) Beim Holsystem werden die Abfälle nach Maßgabe des § 15 am oder auf dem Anfallgrundstück abgeholt.
- (2) Dem Holsystem unterliegen
1. sobald die Einrichtungen hierfür zur Verfügung stehen und der Landkreis es öffentlich bekannt gibt folgende Abfälle zur Verwertung (im haushaltsüblichem Umfang):
    - a) pflanzliche Abfälle (Baum- und Strauchschnitt, Grünabfälle),
    - b) Bioabfälle nach § 1 Abs. 4, soweit sie der Besitzer nicht vollständig und ordnungsgemäß kompostiert,
    - c) Verkaufsverpackungen aus Kunststoffen, Verbundstoffen, Aluminium und Weißblech mit Ausnahme von Behälterglas sowie Papier, Pappe und Kartonagen (PPK), die aufgrund des § 6 Abs. 3 i. V. mit Abs. 2 der Verpackungsverordnung außerhalb der öffentlichen Entsorgung zurückzunehmen und zu verwerten sind,
    - d) Papier, Pappe, Kartonagen (PPK).
    - e) In den Fällen der Buchstaben a, c und d kann der Abfallbesitzer auch vom Bringsystem gemäß § 12 Abs. 2 Gebrauch machen.
  2. Abfälle, die üblicher Weise in Haushaltungen oder Büros anfallen und die infolge ihrer Einzelgröße oder ihres Gewichts nicht in die zugelassenen Abfallbehältnisse aufgenommen werden können oder das Entleeren dieser Behältnisse erschweren (Sperrmüll),
  3. Elektro- und Elektroaltgeräte nach dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) in der jeweils geltenden Fassung aus privaten Haushaltungen, soweit der Abfallbesitzer nicht vom Bringsystem nach § 12 Abs. 2 Gebrauch macht, mit Ausnahme von Nachtstromspeicherheizgeräten und Photovoltaikanlagen.
  4. Abfälle zur Beseitigung, die nicht nach Nummern 1 bis 3 oder § 12 Abs. 2 getrennt erfasst werden (Restmüll).

## § 15 Anforderungen an die Abfallüberlassung im Holsystem

- (1) <sup>1</sup>Die in § 14 Abs. 2 Nr. 1 Buchst. b aufgeführten Abfälle zur Verwertung sind getrennt in den jeweils dafür bestimmten und nach Satz 4 zugelassenen Wertmüllbehältnissen zur Abfuhr bereitzustellen; andere als die dafür bestimmten Abfälle dürfen in die Wertmüllbehältnisse nicht eingegeben werden. <sup>2</sup>Andere als die zugelassenen Behältnisse und Behältnisse, die dafür nicht bestimmte Abfälle enthalten, werden unbeschadet des Absatzes 3 nicht entleert. <sup>3</sup>Bei organischen Abfällen aus Großküchen, Kantinen, Gaststätten u. ä. Einrichtungen stellt der Landkreis im Einzelfall fest, inwieweit eine Sammlung dieser Abfälle über die Biotonne möglich ist. <sup>4</sup>Für die in § 14 Abs. 2 Nr. 1. Buchst. b aufgeführten Wertstoffe sind folgende Behältnisse zugelassen:

- |    |                       |     |                 |
|----|-----------------------|-----|-----------------|
| 1. | braune Müllnormtonnen | mit | 60 l Füllraum,  |
| 2. | braune Müllnormtonnen | mit | 120 l Füllraum. |

### Kreisabfallwirtschaftsbetrieb

Schleifstraße 5, 89340 Leipheim  
Tel. (08221) 95-456; Fax (08221) 95-480  
<https://kaw.landkreis-guenzburg.de>  
kaw@landkreis-guenzburg.de

### Sprechtage

Mo. – Fr.: 07.30 – 12.30 Uhr  
zusätzlich  
Do.: 14.00 – 18.00 Uhr

Stand: April 2026



<sup>5</sup>Für die in § 14 Abs. 2 Nr. 1. Buchst. c aufgeführten Wertstoffe sind folgende Behältnisse zugelassen:

Wertstoffbehältnisse für Verkaufsverpackungen wie sie vom Systembetreiber gemäß § 6 Abs. 3 Verpackungsverordnung ausgegeben werden (Gelbe Tonnen).

<sup>6</sup>Welche weiteren Behältnisse für die Abholung von Abfällen zur Verwertung zugelassen sind, wird vom Landkreis jeweils öffentlich bekanntgegeben. <sup>7</sup>Die in den Sätzen 1 bis 3 genannten Verpflichtungen gelten erst nach Einführung des Holsystems gemäß § 14 Abs. 2.

- (2) <sup>1</sup>Abfälle zur Beseitigung im Sinn des § 14 Abs. 2 Nr. 4 sind in den dafür bestimmten und nach Satz 3 zugelassenen Restmüllbehältnissen zur Abfuhr bereitzustellen; nach Absatz 1 oder § 13 gesondert zu überlassende Abfälle dürfen in die Restmüllbehältnisse nicht eingegeben werden. <sup>2</sup>Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend. <sup>3</sup>Zugelassen sind folgende Restmüllbehältnisse:
- |    |                  |     |                   |
|----|------------------|-----|-------------------|
| 1. | Müllnormtonnen   | mit | 40 l Füllraum,    |
| 2. | Müllnormtonnen   | mit | 60 l Füllraum,    |
| 3. | Müllnormtonnen   | mit | 120 l Füllraum,   |
| 4. | Müllnormtonnen   | mit | 240 l Füllraum,   |
| 5. | Müllgroßbehälter | mit | 1.100 l Füllraum, |
| 6. | Müllgroßbehälter | mit | 2.500 l-Füllraum. |
- (3) <sup>1</sup>Fallen vorübergehend so viele Abfälle an, dass sie in den zugelassenen Wertmüll- oder Restmüllbehältnissen nicht untergebracht werden können, so sind die weiteren Abfälle in Wertmüll- bzw. Restmüllsäcken zur Abholung bereitzustellen. <sup>2</sup>Ist im Einzelfall die Entsorgung mittels einer Restmülltonne unzumutbar, kann der Landkreis eine Entsorgung mittels Restmüllsäcken zulassen. <sup>3</sup>Der Landkreis gibt bekannt, welche Abfallsäcke für den jeweiligen Zweck zugelassen sind und wo sie zu erwerben sind.
- (4) <sup>1</sup>Der Landkreis oder dessen Beauftragter holt Sperrmüll im Sinn des § 14 Abs. 2 Nr. 2 auf Anforderung und Elektro- und Elektronikaltgeräte nach § 14 Abs. 2 Nr. 3 nach Bedarf auf Anforderung ab. <sup>2</sup>Die Besitzer haben die Elektro- und Elektronikaltgeräte sowie den Sperrmüll zu den vom Landkreis oder dessen Beauftragten bekanntgegebenen Zeitpunkten so zur Abfuhr bereitzustellen, dass Fahrzeuge und Fußgänger nicht behindert oder gefährdet werden. <sup>3</sup>Die Abfälle sind so zu zerkleinern, dass sie eine Kantenlänge von ca. 100 X 200 cm und bei Sperrmüll zusätzlich ein Gewicht von 80 kg nicht überschreiten. <sup>4</sup>Die in Satz 1 genannten Abfälle dürfen von den Besitzern auch zu den vom Landkreis bekanntgegebenen Sammeleinrichtungen gebracht werden.
- (5) <sup>1</sup>Für die Bereitstellung der nachfolgend genannten Abfälle aus öffentlichen und privaten Einrichtungen des Gesundheitswesens wie Krankenhäusern, Sanatorien, Kur- und Pflegeheimen, Arztpraxen, Praxen von Heilpraktikern, Zahnarztpraxen, tierärztlichen Praxen, Tierheimen, Tierversuchsanlagen, Laboratorien, Apotheken u. ä. Herkunftsorten gelten folgende zusätzliche Anforderungen:  
<sup>2</sup>Spritzen, Kanülen, Hämostiletten, Skalpelle und sonstige spitze oder scharfkantige Gegenstände sowie Objektträger, Deckgläser, Reagenzgläser und sonstige zerbrechliche Gegenstände aus Glas einschließlich Glasbruch aller Art sind zunächst in fest mit Deckeln versehenen Schachteln aus Kunststoff (Fassungsvermögen etwa 1,5 l), die im medizinischen Fachhandel unter dem Begriff "Entsorgungsbox" erhältlich sind, zu verpacken. <sup>3</sup>Diese Schachteln sind, ggf. zusammen mit Verbandsmaterial, Tupfern, Spateln, Pappbechern oder sonstigen durch Berührung mit Blut, Speichel oder Ausscheidungen von Menschen oder Tieren verunreinigten Abfällen in einfache Plastiksäcke mit mindestens 1/10 mm Wandstärke zu verpacken, die, bevor sie in die Müllbehälter gegeben werden, zuzubinden sind.



## § 16 Kapazität, Beschaffung, Benutzung und Bereitstellung der Abfallbehältnisse im Holsystem

- (1) <sup>1</sup>Auf jedem anschlusspflichtigen Grundstück müssen mindestens je ein Wertmüllbehältnis gemäß § 15 Abs. 1 Satz 4 und ein Restmüllbehältnis nach § 15 Abs. 2 Satz 3 vorhanden sein. <sup>2</sup>Für anschlusspflichtige Grundstücke sind im Rahmen der Anschluss- und Überlassungspflicht Wert- und Restmüllbehältnisse in ausreichender Zahl und Größe vorzuhalten. <sup>3</sup>Satz 2 gilt sowohl für Grundstücke, auf denen Abfälle aus privaten Haushaltungen (§ 1 Abs. 2) alleine, gemischt mit gewerblichen Siedlungsabfällen (§ 1 Abs. 3) oder ausschließlich gewerbliche Siedlungsabfälle anfallen. <sup>4</sup>Die Anschlusspflichtigen haben dem Landkreis oder einer von ihm bestimmten Stelle Art, Größe und Zahl der benötigten Wertmüll- und Restmüllbehältnisse zu melden. <sup>5</sup>Die vorgehaltenen Behältnisse müssen die anfallende Müllmenge unter Berücksichtigung der Abfuhrhäufigkeit und einer angemessenen Reserve aufnehmen können.
- (2) <sup>1</sup>Auf Antrag der betroffenen Anschlusspflichtigen kann der Landkreis für benachbarte Grundstücke gemeinsame Behältnisse zulassen. <sup>2</sup>Für Restmüllbehältnisse gilt dies nur, wenn
- a) sich einer der Anschlusspflichtigen durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Landkreis zur Zahlung der insoweit anfallenden Abfallentsorgungsgebühren verpflichtet und
  - b) sichergestellt ist, dass sämtliche anfallenden Restmüllmengen unter Berücksichtigung der Abfuhrhäufigkeit und einer angemessenen Reserve in dem gemeinsamen Restmüllbehältnis ordnungsgemäß aufgenommen werden können.
- <sup>3</sup>Benachbart sind Grundstücke, die eine gemeinsame Grenze haben, bzw. allenfalls durch eine einfache Straße oder einen einfachen Weg getrennt sind.
- (3) Wer dem Landkreis gegenüber nachweist, dass er die Bioabfälle nach § 1 Abs. 4
- a) auf dem Anfallgrundstück ordnungsgemäß kompostiert oder
  - b) dass auf seinem Grundstück solche Abfälle nicht anfallen (z. B. Kleingewerbe oder Ladengeschäfte), wird auf schriftlichen Antrag von der Anschlusspflicht für eine Biotonne befreit.
- (4) <sup>1</sup>Der Landkreis kann Art, Größe und Zahl der Abfallbehältnisse durch Anordnung für den Einzelfall abweichend von der Meldung nach Abs. 1 Satz 4 festlegen. <sup>2</sup>Zusätzliche oder größere Behältnisse können nur gefordert werden, wenn die vorhandene Behälterkapazität für die Aufnahme der regelmäßig anfallenden Abfälle nicht oder nicht mehr ausreicht.
- (5) <sup>1</sup>Der Landkreis stellt dem Anschlusspflichtigen die zugelassenen Abfallbehältnisse nach § 15 Abs. 1 Satz 3 (Biomüllbehältnisse) und § 15 Abs. 2 Satz 3 (Restmüllbehältnisse) mit der angemeldeten oder festgelegten Kapazität zur Verfügung. <sup>2</sup>Die zur Verfügung gestellten Abfallbehältnisse sind schonend und sachgemäß zu behandeln; Reparaturen dürfen nur durch die vom Landkreis beauftragten Unternehmen vorgenommen werden. <sup>3</sup>Beschädigungen oder Verlust von Abfallbehältnissen sind dem Landkreis unverzüglich anzuzeigen. <sup>4</sup>Für Schäden an den überlassenen Abfallbehältnissen haftet der Anschlusspflichtige, falls er nicht nachweist, dass ihn kein Verschulden trifft. <sup>5</sup>Für die normale Abnutzung der Abfallbehältnisse besteht keine Haftung. <sup>6</sup>Veränderungen an den vom Landkreis zur Verfügung gestellten Wert- und Restmüllbehältnissen, insbesondere am Behältervolumen, sind unzulässig. <sup>7</sup>Der Landkreis informiert die Anschlusspflichtigen durch Bekanntmachung und auf Anfrage über die zugelassenen Abfallbehältnisse und die Bezugsmöglichkeiten. <sup>8</sup>Die Anschlusspflichtigen haben dafür zu sorgen, dass die Abfallbehältnisse den zur Nutzung des anschlusspflichtigen Grundstücks Berechtigten zugänglich sind und von diesen ordnungsgemäß benutzt werden können.



- (6) <sup>1</sup>Die Wert- und Restmüllbehältnisse dürfen nur zur Aufnahme der jeweils dafür bestimmten Abfälle verwendet und nur so weit gefüllt werden, dass sich der Deckel noch schließen lässt; sie sind stets geschlossen zu halten. <sup>2</sup>Abfälle dürfen nicht mechanisch vorgepresst in die Behältnisse gegeben und nicht eingestampft werden; brennende, glühende oder heiße Abfälle, sperrige Gegenstände sowie Abfälle, die Abfallbehältnisse, Sammelfahrzeuge oder Abfallentsorgungsanlagen beschädigen oder ungewöhnlich verschmutzen können, dürfen nicht eingegeben werden. <sup>3</sup>Wert- bzw. Restmüllsäcke müssen fest verschlossen neben den Wert- bzw. Restmüllbehältnissen bereitgestellt werden. <sup>4</sup>Satz 2 gilt entsprechend. <sup>5</sup>Die Hinweise auf den Wert- und Restmüllsäcken, insbesondere die Gewichtsangaben, sind zu beachten. <sup>6</sup>Behältnisse, die die Voraussetzungen und Bestimmungen dieser Satzung nicht erfüllen, werden nicht entleert.
- (7) <sup>1</sup>Die Wert- und die Restmüllbehältnisse sind nach den Weisungen der mit der Abholung beauftragten Personen am Abholtag auf oder vor dem Grundstück so aufzustellen, dass sie ohne Schwierigkeiten und Zeitverlust entleert werden können. <sup>2</sup>Nach der Leerung sind sie vom Überlassungspflichtigen unverzüglich an ihren gewöhnlichen Standplatz zurückzubringen. <sup>3</sup>Können Grundstücke vom Abfuhrfahrzeug nicht oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten angefahren werden, haben die Überlassungspflichtigen die Abfallbehältnisse selbst zur nächsten vom Abfuhrfahrzeug ordnungsgemäß anfahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche zu verbringen; Satz 2 gilt entsprechend. <sup>4</sup>Fahrzeuge und Fußgänger dürfen durch die Aufstellung der Abfallbehältnisse nicht behindert oder gefährdet werden.

## § 17

### Häufigkeit und Zeitpunkt der Wertmüll- und der Restmüllabfuhr

- (1) <sup>1</sup>Biomüll und Restmüll werden jeweils vierzehntägig abgeholt. <sup>2</sup>Sobald weitere Wertmüllbehältnisse durch öffentliche Bekanntmachung des Landkreises eingeführt worden sind, kann für diese eine andere Abfuhrfolge festgelegt werden. <sup>3</sup>Die für die Abholung in den einzelnen Teilen des Kreisgebiets vorgesehenen Wochentage werden vom Landkreis bekanntgegeben. <sup>4</sup>Fällt der vorgesehene Wochentag auf einen gesetzlichen Feiertag, so erfolgt die Abholung in der Regel am folgenden Werktag. <sup>5</sup>Muss der Zeitpunkt der Abholung verlegt werden, wird dies nach Möglichkeit bekanntgegeben. <sup>6</sup>Für den Biomüll finden in den Sommermonaten zusätzliche Abfahren statt. <sup>7</sup>Die Anzahl der zusätzlichen Abfahren legt der Landkreis fest. <sup>8</sup>Die Bio- und Restmüllbehältnisse dürfen nur an dem für den Abfuhrbereich bekanntgegebenen Wochentag einmalig zur Abfuhr bereitgestellt werden.
- (2) <sup>1</sup>Der Landkreis kann im Einzelfall oder generell für bestimmte Abfallarten oder Abfuhrbereiche eine längere oder kürzere Abfuhrfolge festlegen. <sup>2</sup>In diesem Fall gilt Absatz 1 Satz 2 bis 5 entsprechend.



## § 18

### Selbstanlieferung von Abfällen durch den Besitzer

- (1) <sup>1</sup>Im Rahmen ihrer Verpflichtungen nach § 7 Abs. 2 und 3 haben die Besitzer die in § 5 Abs. 2 aufgeführten Abfälle selbst oder durch Beauftragte gemäß den nachfolgenden Bestimmungen zu den vom Landkreis dafür jeweils bestimmten Anlagen zu den jeweiligen Annahmezeiten anzuliefern. <sup>2</sup>Der Landkreis macht eine Übersicht der für die Anlieferung zugelassenen Anlagen bekannt. <sup>3</sup>In den Benutzungsordnungen können für einzelne Anlagen die jeweils zugelassenen Abfallarten und Höchstmengen sowie Einzugsgebiete festgelegt werden. <sup>4</sup>Der Landkreis informiert die Besitzer durch Bekanntmachung und auf Anfrage über die Anlagen im Sinn des Satzes 1. <sup>5</sup>Er kann die Selbstanlieferung durch Anordnung für den Einzelfall abweichend von Satz 1 und 3 regeln. <sup>6</sup>Sperrmüll im Sinne von § 14 Abs. 2 Nr. 2 darf von den Besitzern selbst oder durch Beauftragte zu den vom Landkreis betriebenen Abfallentsorgungsanlagen gebracht werden.
- (2) <sup>2</sup>Darüber hinaus kann der Landkreis zulassen, dass Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen vom Besitzer oder in dessen Auftrag zu den Abfallentsorgungsanlagen gebracht werden, soweit eine Erfassung nach § 15 Abs. 2 aufgrund der anfallenden Mengen unzumutbar oder aufgrund besonderer Verhältnisse auf dem Grundstück nicht möglich ist. <sup>2</sup>Eine Erfassung nach § 15 Abs. 2 gilt u. a. als unzumutbar, wenn zur Aufnahme der Abfälle mehr als 1 Müllgroßbehälter nach § 15 Abs. 2 Nr. 6 erforderlich wäre.
- (3) <sup>1</sup>Abfälle zur Beseitigung dürfen keine Wertstoffe oder Problemabfälle enthalten. <sup>2</sup>Die Abfälle sind getrennt nach
- wiederverwertbaren Materialien,
  - thermisch behandelbaren Stoffen,
  - deponierbaren Reststoffen,
- den dafür jeweils zugelassenen Entsorgungs- und Verwertungsanlagen bzw. Sammelstellen zuzuführen. <sup>3</sup>Auf Verlangen des Landkreises sind der Anfallsort, die Abfallschlüsselnummer, Art und Zusammensetzung der Abfälle zu bezeichnen und nachzuweisen. <sup>4</sup>Die Entscheidung über die Zuordnung der angelieferten Abfälle zu den einzelnen Abfallarten wird im Zweifel vom Landkreis oder vor Ort von einem Verantwortlichen der Entsorgungsanlage getroffen. <sup>5</sup>Der Landkreis kann im Einzelfall vor der Anlieferung von Abfällen eine Zerkleinerung verlangen, wenn dadurch erst die weitere Entsorgung ermöglicht wird. <sup>6</sup>Der Landkreis kann verlangen, dass künstliche Mineralfaserabfälle aus anderen Herkunftsbereichen als private Haushaltungen nur nach vorheriger maschineller Verpressung bei der Entsorgungsanlage des Landkreises angeliefert werden dürfen.
- (4) Soweit für getrennt anzufahrende verwertbare Materialien außerhalb von Entsorgungsanlagen des Landkreises Verwertungsmöglichkeiten in hierfür genehmigten Anlagen bestehen, können auf Weisung des Landkreises und mit Einverständnis des Abfallbesitzers und des Betreibers der Anlage diese Materialien direkt zu diesen Anlagen gebracht werden.
- (5) Die nicht getrennte Übergabe von Abfällen verschiedener Art bedarf der Einwilligung des Landkreises.
- (6) Sind Angaben über Art und Zusammensetzung von Abfällen unzutreffend oder werden Abfälle verschiedener Arten ohne die Einwilligung des Landkreises nicht getrennt übergeben, kann der Landkreis den Ersatz eines ihm daraus entstehenden Schadens verlangen.



- (7) <sup>1</sup>Abfälle, die bei Bau- und Abbruchmaßnahmen anfallen und nicht nach § 5 Abs. 1 von der Abfallentsorgung durch den Landkreis ausgeschlossen sind und nicht dem Bringsystem nach § 12 unterliegen, sind auf der Baustelle soweit möglich getrennt zu halten, zu sortieren und vorrangig einer dafür zulässigen Verwertungsanlage zuzuführen. <sup>2</sup>Ansonsten müssen sie nach folgenden Fraktionen getrennt bei den nach Absatz 1 dafür jeweils bestimmten Anlagen angeliefert werden:
- a) Erdaushub, soweit dieser nicht auf der Baustelle wieder eingebaut werden soll,
  - b) Bauschutt zur Aufbereitung
  - c) Bauschutt zur Deponierung
  - d) Asbesthaltige Abfälle im Sinne des jeweils gültigen LAGA-Merkblattes "Entsorgung asbesthaltiger Abfälle", sind getrennt nach
    - Abfällen mit festgebundenen Asbestfasern und
    - Abfällen mit schwach gebundenen Asbestfasern (Hinweis: LAGA-Merkblatt "Entsorgung asbesthaltiger Abfälle"; TRGS 519: Techn. Regeln für Gefahrstoffe: Asbest) anzuliefern.
  - d) Künstliche Mineralfaserabfälle nach den jeweils gültigen LAGA-Merkblättern
  - e) Straßenaufbruch ist anzuliefern, getrennt nach
    - Ausbauasphalt und
    - Straßenunterbau ohne wesentliche bituminöse Anteile, die vorrangig zu verwerten sind, sowie nach
    - teerhaltigem Ausbauasphalt.
  - f) Baustellenabfälle zur Deponierung,
  - g) Baustellenabfälle zu thermischer Behandlung,
  - h) Altholz getrennt nach belasteten und unbelasteten Hölzern.
- <sup>3</sup>Verunreinigte Bauabfälle sind je nach festgestellter Belastung soweit wie möglich einer Behandlung und einer Verwertung gemäß den jeweils gültigen LAGA-Vorschriften zuzuführen. <sup>4</sup>Soweit eine Behandlung und Sortierung nicht möglich ist, sind diese bei den nach Absatz 1 bestimmten Anlagen anzuliefern.
- (8) <sup>1</sup>Die Anlieferung soll in geschlossenen Fahrzeugen bzw. in geschlossenen Behältnissen erfolgen. <sup>2</sup>Werden offene Fahrzeuge oder Behältnisse verwendet, so müssen die Abfälle gegen Herunterfallen gesichert sein. <sup>3</sup>Erhebliche Belästigungen, insbesondere durch Geruch, Staub oder Lärm, dürfen nicht auftreten. <sup>4</sup>Abfälle mit freien Flüssigkeiten dürfen nicht angeliefert werden; ebenso ist die Anlieferung von verdichteten Ballen oder Rollen nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Landkreises gestattet.
- (9) Sind Angaben über Art und Zusammensetzung von Abfällen unzutreffend oder werden Abfälle verschiedener Art ohne Zustimmung des Landkreises nicht getrennt übergeben, kann der Landkreis den Ersatz des daraus entstehenden Schadens verlangen.

### **3. Abschnitt Schlussbestimmungen**

#### **§ 19 Bekanntmachungen**

- <sup>1</sup>Die in dieser Satzung vorgesehenen Bekanntmachungen erfolgen im Amtsblatt des Landkreises.  
<sup>2</sup>Sie können außerdem in regelmäßig erscheinenden Druckwerken und in ortsüblicher Weise in den kreisangehörigen Gemeinden veröffentlicht werden.

#### **§ 20 Gebühren**

Der Landkreis erhebt für die Benutzung seiner öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtungen Gebühren nach Maßgabe einer besonderen Gebührensatzung.



## § 21 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Nach Art. 7 Abs. 1 Satz 1 BayAbfG i. V. m. Art. 18 Abs. 2 Satz 2 LKrO kann mit Geldbuße belegt werden, wer
  1. gegen die Überlassungsverbote in § 5 Abs. 4 Satz 1 oder 2 verstößt,
  2. den Vorschriften über den Anschluss- und Überlassungszwang (§ 7) zuwiderhandelt,
  3. den Mitteilungs- oder Auskunftspflichten nach § 8 nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder mit unrichtigen Angaben nachkommt,
  4. gegen die Vorschriften in §§ 13 oder 15 über Art und Weise der Überlassung der einzelnen Abfallarten im Bring- und Holsystem verstößt,
  5. den Vorschriften über die Meldung der benötigten Abfallbehältnisse (§ 16 Abs. 1 Satz 4) oder über die Beschaffung, Benutzung oder Bereitstellung der Abfallbehältnisse (§ 16 Abs. 1 Satz 1 bis 3, Abs. 5 bis 7) zuwiderhandelt,
  6. unter Verstoß gegen § 17 Abs. 1 Satz 8 Rest- und Bioabfallbehältnisse häufiger zur Abfuhr bereitstellt,
  7. unter Verstoß gegen § 18 Abs. 1 bis 8 Abfälle zur Beseitigung zu anderen als den vom Landkreis bestimmten Anlagen oder Einrichtungen bringt oder nicht nach den vorgeschriebenen Fraktionen getrennt anliefert,
  8. die zwingenden Vorschriften in § 18 Abs. 9 über die sichere und umweltverträgliche Anlieferung von Abfällen nicht befolgt.
- (2) Andere Straf- und Bußgeldvorschriften, insbesondere § 326 Abs. 1 StGB und § 69 KrWG und 33 BayAbfG, bleiben unberührt.

## § 22 Anordnungen für den Einzelfall und Zwangsmittel

- (1) Der Landkreis kann zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen für den Einzelfall erlassen.
- (2) Für die Erzwingung der in dieser Satzung vorgeschriebenen Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen gelten die Vorschriften des Bayerischen Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes.

## § 23 Inkrafttreten

Diese Satzung ersetzt die Satzung vom 23. Dezember 2005 und tritt nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Günzburg zum 1. Januar 2016 in Kraft. Die Satzung vom 23. Dezember 2005 tritt dann zum 31. Dezember 2015 außer Kraft.\*

Günzburg, 8. Dezember 2015

Hubert Hafner  
Landrat

\* Diese Vorschrift betrifft das Inkrafttreten der Satzung in der ursprünglichen Fassung vom 8. Dezember 2015 (Amtsblatt des Landkreises Günzburg Nr. 51 vom 18. Dezember 2015).

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der 1. Änderungssatzung ergibt sich aus der 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Vermeidung, Beseitigung und sonstige Bewirtschaftung von Abfällen im Landkreis Günzburg (Amtsblatt des Landkreises Günzburg Nr. 12 vom 22. März 2019)

### Kreisabfallwirtschaftsbetrieb

Schleifstraße 5, 89340 Leipheim  
Tel. (08221) 95-456; Fax (08221) 95-480  
<https://kaw.landkreis-guenzburg.de>  
[kaw@landkreis-guenzburg.de](mailto:kaw@landkreis-guenzburg.de)

### Sprechtage

Mo. – Fr.: 07.30 – 12.30 Uhr  
zusätzlich  
Do.: 14.00 – 18.00 Uhr

Stand: April 2026



## **Anlage zu § 1 Abs. 4 der Abfallwirtschaftssatzung des Landkreises Günzburg Trennliste**

### **1. Folgende Abfälle sind über die Biotonne zu entsorgen**

Blumenerde  
Eierschalen, Nussschalen  
Fallobst (in kleinen Mengen)  
Garten- und Grünabfälle  
Haare  
Heckenschnitt (zerkleinert)  
Holzwolle (unbehandelt)  
Kaffeersatz und -filter  
Kleintierstreu (nur aus natürlichen Materialien)  
Küchenkrepp, Papierservietten  
Laub  
Obst- und Gemüsereste, Obstkerne  
Sägemehl (unbehandelt)  
Schalen von Obst, Gemüse oder Südfrüchten  
Speise- und Lebensmittelreste pflanzlicher Herkunft  
Teesatz und -filter  
Topfpflanzen (ohne Pflanztopf)  
Unkraut, Pflanzenreste

### **2. Folgende Abfälle dürfen nicht über die Biotonne entsorgt werden:**

Asche  
Bauschutt  
Baustellenabfälle  
Fäkalien  
Flüssigkeiten  
Hochglanzpapier  
Holzabfälle (behandelt)  
Hundekot  
Kaffee- und Teekapseln aus Aluminium oder Kunststoff  
Kehricht  
Kunststoff- und Metallverpackungen  
Milch- und Safttüten  
Mineralische Tierstreu (Katzenstreu)  
Plastiktüten  
Problemabfälle  
Restmüll  
Speise- und Lebensmittelreste mit Tierkörperbestandteilen (Fleisch, Wurst, Knochen)  
Straßenkehricht  
Staubsaugerbeutel  
Steine  
Tapetenreste  
Textilien  
Tierkadaver  
Windeln  
Zigarettenkippen, -asche

### **Kreisabfallwirtschaftsbetrieb**

Schleifstraße 5, 89340 Leipheim  
Tel. (08221) 95-456; Fax (08221) 95-480  
<https://kaw.landkreis-guenzburg.de>  
[kaw@landkreis-guenzburg.de](mailto:kaw@landkreis-guenzburg.de)

### **Sprechtage**

Mo. – Fr.: 07.30 – 12.30 Uhr  
zusätzlich  
Do.: 14.00 – 18.00 Uhr

Stand: April 2026

